



Der Rote Ortenauer

Mitgliederzeitung der SPD Ortenau

Ausgabe Dezember 2020 | Jahrgang 11

Vernunft und Solidarität

Liebe Genossinnen und Genossen,



mit dieser Ausgabe des Roten Ortenauers, beschließt der SPD Kreisverband das Jahr 2020.

Ein Jahr das uns lange in Erinnerung bleiben wird. Die Corona-Pandemie hat überall Spuren hinterlassen und wir merken, dass derzeit nichts mehr so ist, wie es einmal war.

Unsere Vorgängergenerationen haben Einschneidendes erlebt.

Die entscheidende Frage ist, wie gehen wir mit solchen Situationen um? Werden wir egoistisch oder solidarisch, halten wir zusammen oder denken wir nur an den eigenen Vorteil? Bleiben wir vernünftig oder rennen wir irgendwelchen obskuren „Heilsbringern“ hinterher?

Gerade in der jetzigen Zeit denken wir oft an das Zitat von Helmut Schmidt: „In der Krise beweist sich der Charakter“. Unsere Bitte: Bleiben wir vernünftig und solidarisch. Helfen wir anderen Menschen, wie zum Beispiel im Frühjahr bei unserer Maskenaktion.

Wir wünschen Euch allen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Superwahljahr 2021!

Bleibt alle gesund!

Es grüßt Euch herzlich für den gesamten Kreisvorstand

Karl-Rainer Kopf

Kreisvorsitzender

DIE WICHTIGSTEN FÜNF FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG



In dieser Ausgabe:

- Seite 2: Mehr Herz - Mehr Verstand - Mehr Zukunft!
- Seite 3: „Politik ist Handeln!“
- Seite 4: Wahlkampf der anderen Art!
- Seite 5: Matthias Katsch ist unser Kandidat!
- Seite 6: Superwahljahr 2021
- Seite 7: Herr Scheuer ...
- Seite 8: Eisenmanns Pleiten, Pech und Pannen
- Seite 9: Altersarmut
- Seite 10: Grundrente
- Seite 11: Quo vadis, Friesenheim?
- Seite 12: AG 60plus und Weihnachtsgruß
- Seite 13: Briefwahl
- Seite 14: Rote Socken
- Seite 15: Nachruf und Impressum

Anlage:

Online-Veranstaltungen: Tipps und Hinweise

Andrea
Ahlemeyer-
Stubbe



Mehr Herz – Mehr Verstand – Mehr Zukunft!

Deshalb will ich für den Wahlkreis 51 (Offenburg) in den Landtag.

Meine Schwerpunkte sind:

Digitalisierung - Breitband in jedem Tal, Schulen digital optimal ausstatten

Klimaschutz - Mehr Busse und Bahnen überall, öko-orientierte Infrastruktur

Bildung - Beitragsfreie Kindergärten, mehr Lehrer*innen, freie Lernmittel

Chancengleichheit - Für Menschen und Unternehmen in Stadt und Land

Bezahlbarer Wohnraum - Damit alle sich ein Dach über dem Kopf leisten können

Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Systemrelevante Berufe ordentlich bezahlen, Kinderbetreuung

Seit meiner Nominierung bin ich im Wahlkreis unterwegs, suche das Gespräch mit den Bürgermeistern und Ortsvorstehern, spreche mit Gewerkschaftsvertretern, Bürgern und Fachleuten. Darüber hinaus waren die letzten drei Monate gefüllt mit unterschiedlichen und spannenden Veranstaltungen (vor Ort und Online)

Corona macht unseren Wahlkampf digitaler. Trotzdem müssen wir in alle Haushalte. Dazu brauche ich Eure Hilfe! Sprecht mit Euren Nachbarn, helft beim Verteilen meiner Vorstellungskarte und des Kandidatenflyers.

Und - ganz wichtig: Sprecht über unsere Ziele und darüber, dass wir als SPD die Zukunft Baden-Württembergs gerechter und krisensicherer gestalten werden!

Im Januar und Februar werde ich meine Gespräche fortsetzen und zusätzlich weitere spannende Online-Veranstaltungen anbieten:

10.01.2021 - Digitaler Sektempfang mit allen Mitgliedern des Kreisverbandes

18.01.2021 – Online-Diskussion mit Sabine Wölflé

21.01.2021 - Online-Fragestunde für Jugendliche

28.01.2021 - Online-Stammtisch

3. oder 4.2.2021 - Online-Vortrag und -Diskussion Rita Schwarzelühr-Sutter

Für Februar/März 2021 sind weitere Online-Diskussionen mit Ernst Ulrich von Weizsäcker, Katarina Barley, Katja Mast und Elvira Drobinski-Weiß geplant.

Am 10.02. 2021 besucht Andreas Stoch persönlich den Wahlkreis.

Ausführlichere Informationen, auch zu den Veranstaltungen und wie Ihr daran teilnehmen könnt, findet Ihr auf www.ahlemeyer-stubbe-spd.de

Frank Meier



Frank Meier: „Politik ist Handeln!“

Wahlkampf ist in Zeiten von Corona eine große Herausforderung.

In den vergangenen Wochen habe ich auf dem Markt in Rheinau und Achern Schoko-Nikoläuse mit einer Postkarte von mir verteilt. Man spürt: es sind besondere Zeiten, in denen wir für unsere Ziele werben.

Schon beim Ansprechen der Leute hat man gemerkt, dass sie sehr zurückhaltend sind. Im Rahmen unserer Dankeschön-Tour bei den Pflegerinnen und Pflegern in den Pflegeheimen und beim Schwesternverband in Oberkirch sowie im Pflegeheim in Willstätt habe ich auch dort Schoko-Nikoläuse verteilt.

Auf den verschiedenen Social-Media-Kanälen, wie Facebook und Instagram, bin ich ebenfalls aktiv. Dort werden wöchentlich Videos zu den verschiedenen Themen von mir veröffentlicht.

Im Roten Netz der SPD Baden-Württemberg werden die Kandidatinnen und Kandidaten in Filmspots vorgestellt. Auch ich habe daran teilgenommen und mein Filmspot wird in den kommenden Tagen zu sehen sein.

Am 10. Dezember fand die Online-Veranstaltung zum Thema „Krisenfestes Klassenzimmer“ statt. Zusammen mit Andreas Stoch und Schulleitern, Lehrern und Schülern, haben wir über die gegenwärtige Situation an den Schulen diskutiert und über notwendige Verbesserungen gesprochen.

Ein weiteres Gespräch fand mit den Verantwortlichen vom Schwarzwaldverein, Herrn Joos und Herrn Hillmann, statt. Herr Hillmann, Herr Joos und ich redeten unter anderem über ihr Positionspapier zum Wolf. Desweiteren sprachen wir über die Energiewende, konkret über Windkraftanlagen. Einerseits gilt es, die Energiewende voranzutreiben, andererseits unsere einmalige Landschaft im Schwarzwald zu erhalten.

Auf Einladung der SPD Ortenau trafen Andrea, Karl-Rainer und ich den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg, Andreas Heck. Herr Heck berichtete uns von den Forderungen und Wünschen der Polizist*innen an die Politik.



Vorbereitet wird die Aktion: „Bei Anruf Frühstück“. Der Landtagskandidat bringt an einem Sonntagmorgen das Frühstück vorbei.

Für das kommende Jahr sind Treffen mit den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern im Wahlkreis geplant. In der Planung ist auch eine Präsenz-Veranstaltung mit Andreas Stoch.

Wir werden uns je nach Situation der Pandemie-Lage anpassen. Weitere Veranstaltungen sind in der Vorbereitung.

Karl-Rainer Kopf

#KopfEntscheidung ist #HerzensSache



Wahlkampf der anderen Art!

Mit großem Zuspruch aus den Ortsvereinen sind wir im Wahlkreis Lahr/Wolfach in den außergewöhnlichsten Wahlkampf gestartet, den wir je hatten.

Vieles was geplant war, kann derzeit aufgrund der Corona-pandemie nicht durchgeführt werden. Andere Formate sind gefragt und wir gehen das offensiv an. Wir haben durch Facebook und Instagram Zugang zu Wählerschichten, die wir bisher nicht erreicht haben.

Kreativität und Ideenreichtum sind mehr denn je gefragt. Deswegen haben wir im Wahlkreis Lahr/Wolfach auf unser traditionelles Weihnachtsmannverteilen in der Lahrer Innenstadt verzichtet und die Nikoläuse Corona-konform verpackt an die Tafel, einen Kindergarten und eine Seniorenresidenz in Lahr sowie einen Kindergarten im Kinzigtal verteilt. Gepaart mit dem entsprechenden Bericht in Facebook, erreichten wir mehr Menschen als mit der herkömmlichen Methode, wenngleich natürlich nichts die persönliche Begegnung ersetzen kann.

Mit den Ortsvereinsvorsitzenden bleiben wir per Telefon und Videokonferenzen in Kontakt. Auch die Videos zu den Adventssonntagen sind ein fester Bestandteil unserer Kampagne.

Ein Highlight war unsere Online-Veranstaltung „Das krisenfeste Klassenzimmer“. Ein hochkarätig besetztes Podium mit einigen Schulleitern, darunter auch meine Zweitkandidatin Diana Frei, diskutierte mit unserem Spitzenkandidaten Andreas Stoch über die Sorgen und Probleme in den Schulen.

Vielen Dank an die fleißigen Helfer im Hintergrund, an die Ortsvereinsvorsitzenden, an mein Wahlkampfteam, insbesondere Rezan und Sascha, die sich mächtig ins Zeug legen.

Nach Weihnachten kommt mein „Wahlmobil“ zum Einsatz, welches dann auf der Straße für Aufmerksamkeit sorgen wird. Einige „Promi-Termine“ als Online-Konferenzen und Präsenzveranstaltungen werden ebenfalls stattfinden. Andreas Stoch wird am 10. Februar den Wahlkreis besuchen.

Uns gefallen die neuen Formate, der Spaß kommt nicht zu kurz, auch wenn wir gerne näher bei den Menschen wären. Wir brauchen aber auch die Unterstützung von Euch Mitgliedern: Durch eure Spenden, Ideen für Aktionen, Gespräche mit Freunden und Nachbarn.

Bessere Bildungspolitik, moderne Infrastruktur, Sicherheit für die Beschäftigten, roten Klimaschutz und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik gibt es nur mit der SPD.

#KopfEntscheidung #Herzenssache



Andreas Stoch, MdL

Matthias Katsch: Unser Bundestagskandidat!

Bei der Wahlkreis-Konferenz der SPD Ortenau in Gengenbach wurde am 12. Dezember 2020 Matthias Katsch zum Kandidaten für die Bundestagswahl 2021 nominiert.

Die Veranstaltung in der Kinzigthalle fand Corona-bedingt mit einem Hygienekonzept statt. Die Mitglieder trafen sich mit MNS und in ausreichendem Abstand in der großzügigen Halle.

Bei der Abstimmung setzte sich Matthias Katsch gegen den spontan kandidierenden Offenburger Peter Krause mit 15:3 Stimmen durch.

Die Vorstellungsrede des 57-jährigen, der in Berlin geboren wurde und seit 2007 in Offenburg lebt, wurde auf der Facebook-Seite des Ortsvereins Offenburg live gestreamt und kann dort auch nachgeschaut werden.

Chancengleichheit für alle Kinder, einen Aktionsplan zum besseren Schutz vor sexueller Gewalt, einen aktiven Sozialstaat, der auch im digitalen Zeitalter alle Bürger*innen schützt – mit diesen Vorstellungen wirbt Matthias Katsch um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in der

Ortenau. „Bei den notwendigen Maßnahmen, um dem Klimawandel zu begegnen, muss es sozial gerecht zugehen. Wir brauchen eine umweltfreundliche Verkehrspolitik, die gute Anbindungen in der Region schafft und der Lage der Ortenau im Herzen von Europa gerecht wird.“ so beschreibt er weitere Schwerpunkte seines Wahlkampfes.

Vita - der gebürtige Berliner

Matthias Katsch wurde 1963 in Neukölln, im damaligen West-Berlin geboren. Nach dem Abitur am Berliner Canisius-Kolleg der Jesuiten studierte er in Berlin und München Politikwissenschaft und Philosophie.

Er ist seitdem in der Erwachsenenbildung und als Publizist tätig. Als selbständiger Managementtrainer führte er Schulungen und Seminare in Unternehmen in Veränderungsprozessen durch.

In seiner Schulzeit war er durch zwei Jesuiten-Priester sexuell misshandelt worden. Nachdem er lange darüber geschwiegen hatte, ging er mit anderen Betroffenen 2010 an

die Öffentlichkeit. Als Gründer und Sprecher der bundesweit tätigen Betroffeneninitiative „Eckiger Tisch“ setzt er sich für Aufarbeitung, Hilfe und Unterstützung für die Betroffenen und eine angemessene Entschädigung durch die Kirche ein.

Matthias Katsch ist verheiratet und lebt seit 2007 in der Offenburger Innenstadt. Während seiner Vorstellung

dankte er seinem anwesenden Mann. Durch dessen Tätigkeit als Ingenieur für ein Offenburger Maschinenbauunternehmen, ist dieser letztlich für den Umzug von Berlin in die Ortenau verantwortlich.

Weitere Informationen zum Wahlkampf wird es in Zukunft auf der Webseite von Matthias Katsch sowie in den Sozialen Medien geben.

Matthias Katsch freut sich schon auf den Wahlkampf, obwohl die besonderen Bedingungen der Coronapandemie eine Herausforderung für den politischen

Wettbewerb sind.

„Wie in jeder Krise werden vergangene Versäumnisse offengelegt, aber es bieten sich auch neue Chancen. Die will ich nutzen.“



Matthias Katsch, Kandidat im Wahlkreis Offenburg zur Bundestagswahl 2021.



Superwahljahr 2021!

Landtagswahl am 14. März - Bundestagswahl am 26. September 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,



2021 kann man als Baden-Württemberger wirklich als Superwahljahr bezeichnen. Nicht nur steht im März die Landtagswahl an, sondern im September folgt dann die Bundestagswahl. Dabei geht es bei der Bundestagswahl nicht um die Frage, wer Juniorpartner der CDU wird, sondern es geht darum, ob die konservative neoliberale Union unter einem, wie ich erwarte, Kanzlerkandidaten

Merz unser Land führt, oder ob wir mit einer SPD-geführten Regierung zu einer gerechten Sozialpolitik, modernen Wirtschaftspolitik und mehr Investitionen in den Klimaschutz kommen.

Gerade die Corona-Pandemie hat uns allen gezeigt, wie wichtig ein funktionierender starker Staat ist. In den USA grassiert das Virus deshalb so stark, weil es dort deutlich geringere staatliche Gesundheitsstrukturen gibt. Unseren Sozialstaat modern und effektiv zu gestalten, wird deshalb eine ganz wichtige Zukunftsaufgabe sein. Dazu gehört, dass diejenigen in Deutschland Unterstützung bekommen, die unverschuldet in Notlagen geraten sind, seien es Familien, Arbeitnehmer, Unternehmen oder unsere Gemeinden.

Damit diese Unterstützung und ein starker Staat auch in Zukunft vorhanden sind, braucht es eine starke SPD und dafür müssen wir bei den Landtagswahlen und den Bundestagswahlen 2021 kämpfen.

Ich freue mich auf ein spannendes Jahr und wünsche Euch jetzt besinnliche Weihnachten und alles Gute für 2021 - vor allem Gesundheit!

Viele Grüße und auf bald!
Euer Johannes

„Ich sehe nicht, was Querdenken überhaupt mit Denken zu tun hat. Wir kämpfen darum, dass unsere Kinder zur Schule gehen können und Ältere und Kranke nicht sterben. Jeder dazwischen kann bleibende Schäden haben.

Querdenker sind m. E. selbstgerechte Saboteure der Zivilgesellschaft.“

Karl Lauterbach, MdB, auf Twitter am 14.11.2020

Kurz gefragt: Was macht eigentlich die Landesvertreter*innen-Versammlung?

Am 12. Dezember 2020 hat der Kreisverband Ortenau die zehn Personen gewählt, die uns bei der Landesvertreter*innen-Versammlung am 24. Januar 2021 in Göppingen vertreten werden.

Auf sie kommt eine wichtige Aufgabe zu, denn auf dieser Versammlung wird entschieden, in welcher Reihenfolge die 38 Kandidatinnen und Kandidaten der SPD in Baden-Württemberg zur Bundestagswahl ins Rennen gehen. Diese Reihenfolge wird dann wichtig, wenn die SPD in Baden-Württemberg weniger Direktmandate in einzelnen Wahlkreisen gewinnt, als ihr Mandate nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen würden. Dieser Unterschied wird dann ausgeglichen, in dem die Kandidat*innen in der Reihenfolge eben dieser Landesliste bis zu dem Platz in den Bundestag einziehen, der dem Wahlergebnis entspricht. Es ist also wichtig, dass die drei Bewerber*innen, deren Wahlkreis ganz oder teilweise in der Ortenau liegt, gut auf der Landesliste platziert sind, damit Johannes Fechner wieder und Matthias Katsch und Derya Türk-Nachbaur neu in den Bundestag einziehen können.

Die zehn Genoss*innen, die für uns am 24.01.2021 nach Göppingen fahren, sind: Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Martine de Coeyer, Karlheinz Debacher, Sascha Dühmke, Richard Groß, Heike Harter, Karl-Rainer Kopf, Uwe Müller, Helga Pfahler und Sabrina Schweiger.

Markus Schupp, Regionalgeschäftsführer



**Digitaler Neujahrsempfang der
SPD Ortenau**

Sonntag, 10. Januar 2021

11.00 Uhr

Herr Scheuer, Sie sind immer noch Verkehrsminister ...



Herr Scheuer, Sie sind immer noch Bundesverkehrsminister. Kann es sein, dass Sie diesen überraschenden Zustand dem Virus zu verdanken haben?



Wieso Virus? Ah, Sie meinen das Corona. Nein, mit dem Virus hat das nichts zu tun. Wieso auch? Wie kommen Sie auf diesen unsinnigen Gedanken?



Das Virus legt den Untersuchungsausschuß lahm. Er kann nicht tagen. Sie erinnern sich? Der Untersuchungsausschuß, der Ihre Mauseleien um die Autobahn-Maut untersucht.



Also, das ist jetzt nicht meine Schuld. Das mit dem Virus. Viele können nicht arbeiten. Das tut mir leid. Äh, ich meine sehr leid.



Während der letzten Sitzung machten Sie und die Vertreter der Partnerfirmen, mit denen Sie die Maut realisieren wollten, unterschiedliche Angaben. Da lügt wohl jemand.



Ich würde von einem unglücklichen Mißverständnis sprechen. Da hat niemand gelogen, also nicht absichtlich. Dazu die Erinnerungslücken, alles ist lange her.



Kann es sein, dass Sie sich nicht erinnern? Weil alles so lange her ist? Vielleicht zwei Jahre? Das ist tatsächlich eine sehr, sehr lange Zeit.



Wer? Ich? Nein! Ausgeschlossen! Ich weiß genau, was Sache ist. Wenn, dann erinnern sich die anderen nicht oder nicht richtig oder nicht wirklich. Aber was weiß ich?

Von unserem Redaktionsmitglied
Gerd Zimmermann

Eisenmanns Pleiten, Pech und Pannen

Von Sabine Wölfle, MdL

Die Schulen sind in der aktuellen Diskussion über die richtigen Maßnahmen in der Corona-Pandemie verstärkt in den Fokus geraten. Lehrkräfte und Eltern reagieren mit Verwunderung auf die Planlosigkeit seitens des baden-württembergischen Kultusministeriums.



Sabine Wölfle, MdL

Die Kultusministerin Frau Eisenmann hatte bereits im Frühjahr keinen Plan und nur für Verwirrung gesorgt und sich auch im Sommer nicht auf eine mögliche zweite Welle vorbereitet. Diese Planlosigkeit setzt sich bis zum heutigen Tag fort.

Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits vor Wochen einen Wechselbetrieb an den Schulen gefordert. Das hätte auch eine Entzerrung des Schülerverkehrs bedeutet. Die vollen Schulbusse sind in Zeiten einer hochansteckenden Viruspanidemie nicht mehr vermittelbar.

Aber auch das Homeschooling weitet sich immer mehr zu einem Problem aus. In der ersten Welle wurde dies überdeutlich. Nicht jedes Schulkind verfügt über ein digitales Endgerät und viele nicht einmal über eine stabile Internetverbindung. Dem großen Engagement vieler Lehrer*innen ist es zu verdanken, dass diese Kinder nicht komplett außen vor gelassen wurden. Dabei ist die grün-schwarze Landesregierung in ihrem Wahlprogramm 2016 vollmundig mit großen Versprechungen zur Digitalisierung gestartet.

Diese Versprechen aber gingen eindeutig ins Leere - das wurde durch Corona deutlich. Die digitale Plattform „ella“ wurde gegen die Wand gefahren – bis zum heutigen Tag gibt es noch immer keine landesweite Lernplattform für die Schulen. Und wie Schüler*innen von Zuhause aus am digitalen Unterricht teilnehmen können, dafür hat Frau Eisenmann leider noch immer kein Konzept vorgelegt.

Die SPD im Bund hat reagiert und 500 Millionen Euro für digitale Endgeräte bereitgestellt. Statt dankbar dieses Geschenk anzunehmen und mit eigenen Mitteln des Landes aufzustocken, passierte erst einmal nichts. Auch das Problem, dass Lehrkräfte ja nicht mit ihren eigenen Mobilgeräten dauerhaft arbeiten können, wurde seitens der Ministerin nicht beantwortet.

Höhepunkt des Versagens ist der aktuelle Zickzackkurs in Sachen Weihnachtsferien. Keine klare Linie, keine Vorgabe aus dem Ministerium, keine Kommunikation - Chaos ohne Ende. Die Informationen erhalten die Schulleitungen über die Medien, aus dem Ministerium kommt jedenfalls nichts.

Die von Eisenmann vorgeschlagene Regelung zum Beginn der Weihnachtsferien ist keine Regelung, es ist die Aufforderung: Jeder soll machen, was er will.

Schulen, Lehrkräfte, Eltern und die Schüler*innen selber werden zu Spielbällen einer überforderten Ministerin, die statt für Ruhe und Führung zu sorgen, lieber ihren eigenen Wahlkampf auf dem Schirm hat.

Am 14.März 2021 jedenfalls wird sie nach unserer Auffassung mangels Leistung nicht versetzt.

**SPD-Chefin Saskia Esken:
„Wir sorgen für digitale
Lernmittelfreiheit!“**

Altersarmut: Schneller gegensteuern

Für die SPD hat die Altersarmut nicht nur mit einem zu geringen Einkommen zu tun.

Von Gerd Zimmermann

Das Thema Altersarmut brennt der SPD auf der Seele. Deshalb fordern die Genossinnen und Genossen in der Ortenau immer wieder Gegenmaßnahmen, zum Beispiel mit Protestaktionen auf der Straße. In Berlin, in der großen Koalition, wird gegen den Widerstand der CDU/CSU versucht, dem Thema mehr Bedeutung zu verleihen. Dabei wurden schon einige Erfolge erzielt, für manchen zu wenig, doch es geht weiter.

Zu den Erfolgen gehört die Festschreibung des Rentenniveaus bis 2025 auf 48 Prozent. Damit folgen die Renten wieder stärker den Löhnen. Der Rentenbeitragssatz wird bis 2025 nicht über 20 Prozent steigen, was aufgrund ei-

nes höheren Steuerzuschusses möglich ist. Davon profitieren vor allem die Geringverdiener – jene, die viel arbeiten und trotzdem nicht viel verdienen. Deren Einkommen wurden auch von Versicherungsbeiträgen entlastet, ohne Absenkung der Leistungen. Dazu kamen Verbesserungen bei der Mütterrente hinsichtlich der Anerkennung von Erziehungszeiten und bei den Zurechnungszeiten bezogen auf erwerbsgeminderten Rentnerinnen und Rentnern.

Gemäß Dagmar Schmidt, MdB, Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, und Saskia Esken, SPD-Vorsitzende, reichen diese Erfolge bei weitem nicht aus. Beide Politikerinnen verweisen deshalb auf weitere Vorhaben. Dabei betont Esken hauptsächlich die Grundrente, die ab Januar 2021 in Kraft tritt – ein Uranliegen der Partei. Weiter gilt es, den sozialen Schutz für Selbstständige zu verbessern. Es hat sich gezeigt, dass kleine Selbstständige und Solo-Selbstständige überdurchschnittlich stark von Altersarmut betroffen sind.

Dagmar Schmidt: „Wir werden die Selbstständigen, die nicht bereits anders abgesichert sind, mit in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.“

Das bedeutet für die Betroffenen das Ende des Risikos,

irgendwann ohne Absicherung dazustehen. Gleichzeitig können sie Leistungen der Rentenversicherung nutzen. Gemeint sind die Erwerbsminderungsrenten und die Reha-Leistungen. Die SPD-Fachfrau: „Auch das sind wichtige Schritte gegen Altersarmut.“

Doch Schmidt macht auch klar: „Wenn es um ältere Menschen in Armut geht, ist nicht nur die Einkommenseite zu sehen.“ Damit spricht sie notwendige Angebote an, die eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen: Gemeinsame Freizeit, Ehrenamtliches Engagement, Gegen Einsamkeit, Mögliche Mobilität.



Dagmar Schmidt, MdB, Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales

Auf die Frage „Wie das alles umgesetzt werden kann?“ verweist die SPD-Politikerin auf soziale Infrastrukturen vor Ort, auf starke und handlungsfähige Kommunen. Dies mit dem Hinweis: „Wir haben die Kommunen bereits in der vergangenen Legislatur um 25 Milliarden Euro entlastet.“ Dieser Weg wird weiter beschritten, zum Beispiel mit der Unterstützung des Ausbaus von Mehrgenerationenhäusern und des Programms „Soziale Stadt“. Mit dem Investitionspaket „Soziale Integration im Quartier“ erfolgt darüber hinaus die Stärkung des allgemeinen sozialen Zusammenhalts. Und über allem schwebt die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Schmidt und Esken sagen gleichermaßen, dass auf der Maßnahmenliste gegen Altersarmut weitere, wichtige Vorhaben stehen. Laut ihnen verändert sich diese Liste allerdings immer wieder. Sie berufen sich auf die SPD-Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“. Diese Kommission befasst sich unter anderem mit dem Thema Sichere und gute Rente nach 2025. Erwartet werden Erkenntnisse, die weitere Maßnahmen ermöglichen.

Anerkennung für 33 Arbeitsjahre

Ab Januar 2021 haben 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner Anspruch auf die Grundrente

Von Gerd Zimmermann

Frauen und Männer, die 33 Jahre lang in die Rentenkasse einzahlten und nur wenig Rente erhalten, haben künftig durch die Grundrente mehr in der Tasche. Der über zehn Jahre währende Kampf der SPD für diese Rente, gegen viele Widerstände vor allem von CDU/CSU, führt endlich zum Erfolg.

Von der Grundrente ab 2021 profitieren etwa 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Rund 70 Prozent der Anspruchsberechtigten sind Frauen. Die Begünstigten können über 400 Euro zusätzlich im Monat erhalten. Zu den Besonderheiten bei der Berechnung der Rentenzeiten gehören: Zeiten für die Erziehung der eigenen Kinder, für die Pflege von Angehörigen und Teilzeitarbeit werden berücksichtigt. Auch im Ausland erworbene Zeiten können dazu zählen, wenn diese nach dem Europarecht oder einem Sozialversicherungsabkommen für die Rente zu berücksichtigen sind.

Dazu kommt: eine Bedürftigkeitsprüfung entfällt. Keine Erklärung gegenüber dem Sozialamt mit Offenlegung der eigenen finanziellen Situation und des Ehepartners - das „finanziell nackt Ausziehen“ - entfällt. Stattdessen gibt es lediglich eine einfache Einkommensprüfung, die von der Rentenkasse und der Finanzverwaltung durchgeführt wird. Anders gesagt: die Grundrente ist keine Sozialleistung, wie einst von der CDU und CSU gewollt, sondern ein Rentenanspruch. Sie ist ein Plus zur bestehenden Rente und wird zusammen mit der gesetzlichen Rente ausgezahlt.

Den Durchbruch zur jetzigen Lösung schaffte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Der Weg war steinig. Heil erinnert sich, dass die SPD schon 2012 eine Solidarrente forderte, welche die Menschen nicht zu Bittstellern macht. Andere, von der SPD geprägte Bezeichnungen lauten: Zuschussrente, solidarische Lebensleistungsrente, gesetzliche Solidarrente.

Die Grundrente tritt exakt am 1. Januar 2021 in Kraft. Sie führt zu keiner Rentenbeitragserhöhung, finanziert wird sie durch einen höheren Steuerzuschuss. 1,5 Milliarden Euro beträgt der zusätzliche Bundeszuschuss in die Rentenkasse. Die neue Grundrentenleistung kostet im Einführungsjahr etwa 1,3 Milliarden Euro und steigt bis 2025 auf 1,61 Milliarden Euro an. Hinzu kommen ab 2021 rund 400

Millionen Euro für Personal und Verwaltung. Für die erste Auszahlung ist Geduld gefordert. Aufgrund der notwendigen Abklärungen durch die Deutsche Rentenversicherung und die Finanzämter erfolgt die Geldanweisung später, voraussichtlich im Laufe des Jahres. Immerhin, rund 26 Millionen Konten müssen geprüft werden, was voraussichtlich bis Mitte 2021 dauert. Doch nichts geht verloren, die Ansprüche gelten ab dem Stichtag und werden nachgezahlt. Alles läuft automatisch ab. Die Rentenkasse informiert die Begünstigten. Niemand muss sich bei der Rentenversicherung melden und einen Antrag stellen, um die neue Leistung zu erhalten.

Bei der Einkommensprüfung gilt: Die Grundrente in voller Höhe erhalten die Rentnerinnen und Rentner, die als Alleinstehende ein Monatseinkommen von bis zu 1.250 Euro oder als Ehepaar von bis zu 1.950 Euro zur Verfügung haben. Liegt das Einkommen darüber, wird es zu 60 Prozent auf die Grundrente angerechnet. Ab einem Monatseinkommen von 1.600 Euro beziehungsweise 2.300 Euro bei Ehepaaren wird es zu 100 Prozent angerechnet. Als Einkommen werden die eigene Rente und weitere zu versteuernde Einkommen berücksichtigt. Maßgebend ist grundsätzlich das Einkommen des vorvergangenen Kalenderjahres: für 2021 also das Einkommen des Jahres 2019.



Internationaler Frauentag in Offenburg.

Mehr Informationen unter:

www.deutsche-rentenversicherung.de/grundrente sowie www.spd.de/aktuelles/grundrente.

„Wer lange gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss keine Sozialleistung beantragen. Denn wie bei anderen Renten auch geht es um Ansprüche, die man erworben hat. Dafür muss sich niemand rechtfertigen. Bei der Mütterrente beispielsweise käme ja niemand auf die Idee zu prüfen, ob die Rentnerin auf das Geld dringend angewiesen ist. Hinzu kommt: der Bürokratieaufwand für eine Bedürftigkeitsprüfung wäre enorm. Ebenso die entsprechenden Bürokratiekosten – Geld, das wir im Kampf gegen Altersarmut besser einsetzen können.“
Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister, SPD

Quo vadis, Friesenheim?

Wie überall im Lande, so ist auch die SPD-Fraktion im Gemeinderat Friesenheim derzeit damit beschäftigt, sich Gedanken über den Haushalt der Gemeinde im kommenden Jahr zu machen.

Von Fred Kletzin



Fred Kletzin

Natürlich hat die Corona-Pandemie auch bei uns in Friesenheim ihre tiefen Brems Spuren hinterlassen. Viele, durchaus wünschenswerte Projekte, mussten gestrichen werden.

Worauf legen wir besonders Wert?

Kostenfreie Kitaplätze

Wir wollen uns natürlich dafür einsetzen, dass Kitaplätze kostenfrei für die Eltern angeboten werden können. Dazu benötigen wir die finanzielle Unterstützung des Landes. Ohne diese Unterstützung können wir das Angebot als Kommune allein finanziell nicht stemmen.

Kostengünstiger Wohnraum

Wie überall fehlt auch bei uns kostengünstiger Wohnraum. Gemeindeeigene Wohnungen werden deshalb stark nachgefragt. Neue Gemeindehäuser sind in Planung. Ihr Bau allein kann aber die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nicht zufriedenstellen.

Die "freie Kraft des Marktes", das musste unsere Fraktion feststellen, ist hier einfach nicht in der Lage, dieses Problem zufriedenstellend zu lösen. Deshalb haben wir angefangen, "kleine Lösungen" in Angriff zu nehmen.

Genossenschaftlicher Wohnungsbau

Wir werden eine "aktive Liegenschaftspolitik" unterstützen, denn unsere Grundstückspreise bestimmen zu einem erheblichen Anteil die Baupreise. Das verfügbare Wohnungsbauland soll nach unserer Vorstellung für den genossenschaftlichen Wohnungsbau, für Mietergemeinschaftsprojekte und für junge Familien bevorzugt genutzt werden, ohne den Eigenheimbau zu vernachlässigen.

Eine verdichtete Bauweise von Neubauten soll in jedem neuen Baugebiet im Bebauungsplan ausgewiesen werden.

Das Land oder der Bund könnte und sollte das Vorkaufsrecht von Kommunen bei Grundstücksverkäufen stärken. Das würde es den Kommunen leichter machen, "schwierige" Grundstücke zu erwerben.

Kommunales Wasser

Die vergangenen "trockenen Jahre" verstärkten bei uns das Nachdenken über unsere Wasserversorgung. Wir benötigen einen neuen Trinkwasserbrunnen, um die Versorgung unserer Bevölkerung mit Trinkwasser auf die Dauer sicherzustellen.

Nur: in private Hände wollen wir unser Wasser nicht geben. Unsere Wasserversorgung, als Teil der Daseinsvorsorge, soll unbedingt in der Hand der Kommune bleiben.

LKW-Nachfahrverbot

Wie überall zwischen Offenburg und Lahr sind wir stark von der Zunahme des Verkehrs, besonders des LKW-Verkehrs auf der B3 betroffen. Gerne hätten wir auch bei uns ein Nachfahrverbot eingerichtet.

Ausbau der Rheintalbahn

Dass das dritte und vierte Gleis der Rheintalbahn erst nach 2040 gebaut werden soll, ärgert uns. Ohne diese Gleise können wir keine S-Bahn oder Straßenbahn zur Entlastung der Pendlerströme einrichten. Solange auf Abhilfe zu warten, ist schon ganz schön frustrierend.

Qualifiziertes Ganztagsangebot

Wir stellen immer wieder fest, dass Kitas, Kindergärten und die Schülerbetreuung besser vom Land finanziert werden sollten. Ein qualifiziertes Ganztagsangebot im Grundschulbereich konnten wir in Friesenheim nicht anbieten. Die Eltern sträubten sich dagegen.

Gemeindeübergreifender ÖPNV

Gerne hätten wir auch unsere Straßen und Hallen saniert. Corona-bedingt mussten wir diese Maßnahmen schieben. Schön wäre es auch gewesen, unseren ÖPNV in Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden zu optimieren.

Schnelles Internetangebot

Die Digitalisierung treiben wir voran. Ein schnelles Internetangebot, das eigentlich die Voraussetzung für eine Verbesserung wäre, ist allerdings noch nicht überall verfügbar.



Liebe Seniorinnen und Senioren,



Christoph Unterhaslberger

liebe Genossinnen und Genossen,
ein schwieriges Jahr im Zeichen von Corona liegt hinter uns. Keiner konnte sich vorstellen, dass in unserem Staate jemals so stark in Grundrechte eingegriffen werden muss, um unser Gesundheitssystem zu erhalten und um eine noch schlimmere Auswirkung der Pandemie zu bekämpfen. Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, Schließung von Kindergärten, Schulen, Geschäften, Ausgehverbote usw., alles für jeden einzelnen schwierige Entscheidungen. Trotzdem hat der größte Teil unserer Bevölkerung diese Entscheidungen zum Wohle Aller mitgetragen.

Ich hoffe, dass sich im Jahr 2021 durch Impfungen und Medikamente die Lage wieder entspannt. Für unsere SPD stehen im neuen Jahr Wahlen mit sehr guten Kandidaten für die Landtags- und Bundestagswahl an. Wir wollen diese Bewerber auch in dieser schwierigen Zeit unterstützen und für sie werben.

Wichtige soziale Themen wie finanzierbare Pflege, Altersarmut, finanzierbare Wohnungen, gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen können nur von der SPD in Gemeinschaft mit den entsprechenden Sozialverbänden vorangebracht werden. Wir brauchen mehr jüngere Menschen, um auch deren Wünsche mit Nachdruck auf den Weg zu bringen. In der SPD ist die Chance für junge Leute gegeben, selbst politisch mitwirken zu können.

In diesem Sinne wünsche ich Euch allen ein gesundes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Alles Gute und bleibt gesund!
Christoph Unterhaslberger

Vorsitzender AG 60plus Ortenau
Tel. 0151/14519230
E-Mail: ch.uhb@t-online.de

Frohe Weihnachten!

KREISVERBAND
ORTENAU

SPD

„Wir können den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel richtig setzen.“ (Aristoteles)

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir wünschen Euch und Euren Liebsten erholsame Feiertage und einen optimistischen Start in das neue Jahr mit Mut, Freude und vor allem Gesundheit!

Eure Redaktion

Der Rote Ortenauer

Der Trend geht zur Briefwahl

Bei der Landtagswahl Baden-Württemberg am 14. März 2021 wird es deutlich mehr Briefwähler geben.



Corona wird diese Entwicklung verstärken. Für eine etwaige Manipulation bei der postalischen Abstimmung, die das Gesamtergebnis entscheidend beeinflusst, sieht das Verfassungsgericht keine Chance. Anders gesagt und bezogen auf den einzelnen Bürger: Die Möglichkeit, an der Briefwahl teilzunehmen, bewertet das Gericht sehr viel

höher als die Risiken für das Wahlgeheimnis.

Neben etwaigen Betrugsmöglichkeiten und deren Auswirkungen befasste sich das höchste deutsche Gericht auch mit der Übereinstimmung mit der Verfassung. Festgestellt wurde, dass die Briefwahl verfassungskonform ist. Die Veränderungen bei der schriftlichen Stimmabgabe zeigen die Zahlen: Bei der Bundestagswahl 2002 gingen 18 Prozent der Stimmen via Post ein, 2017 waren es bereits 28,6 Prozent. Bei der Europawahl war 2004 ein Anteil von 15,5 Prozent zu verzeichnen. Im Jahr 2019 machten die Briefwähler 28,4 Prozent aus.

Entsprechend dem Grundsatz unserer Demokratie, die Allgemeinheit der Wahl sicherzustellen, wurde die Abgabe der Wahlstimme mittels Brief 1957 eingeführt. Dadurch sollte möglichst jeder Wahlberechtigte an der Abstimmung teilnehmen können. Alter, Gesundheit oder der Aufenthaltsort am Wahltag durften keine Hinderungsgründe mehr sein. Ein Anspruch, der nach Meinung von Experten im Corona-Zeitalter die schriftliche Form weiter deutlich ansteigen lassen wird. Übrigens, 2008 fiel die Pflicht, eine glaubhafte Begründung für die Entscheidung zur Briefwahl abzugeben, weg. Seither kann jeder Stimmberechtigter ohne Nennung einer Begründung die Briefwahl nutzen. Die Beantragung der Briefwahl ist auch online möglich.

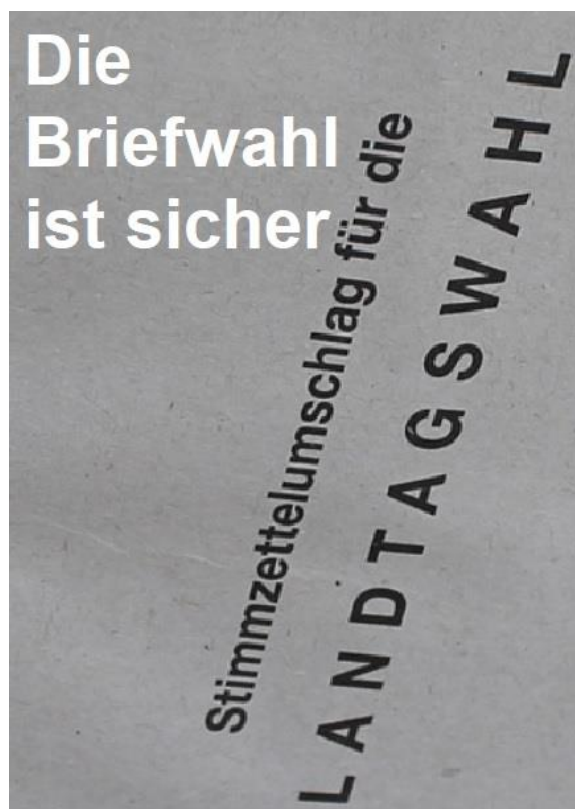
Zu den Maßnahmen, die das Wahlgeheimnis schützen, gehören: Die Briefwahlbezirke sind so groß, damit nicht erkennbar ist, wie einzelne Wahlberechtigte abgestimmt haben. Die Briefe bleiben bis zum Abstimmungstag verschlossen. Während der Öffnung wird sichergestellt, dass nicht nachvollzogen werden kann, wer wie gewählt hat. Die Stimmenauszählung erfolgt öffentlich.

Zum Manipulationsrisiko zählt die Unkenntnis darüber, ob

der Wähler seine Stimme selbst abgegeben hat, ob er bei der Abgabe unbeobachtet beziehungsweise unbeeinflusst war. Denkbar ist auch, eine Vertrauensperson hat die Wahlunterlagen angefordert und in ihrem Sinn ausgefüllt. Grundsätzlich gilt für Briefwähler: Wer seine Stimme lange vor der Wahl abgibt, kann aktuelle Ereignisse vor der Abstimmung nicht mehr in seiner Entscheidung berücksichtigen.

Wahlberechtigte, die per Briefwahl wählen wollen, sollten den Antrag auf Wahlschein und Briefwahlunterlagen so frühzeitig wie möglich bei der Gemeinde ihres Hauptwohortes stellen. Sie müssen hierzu nicht den Erhalt der Wahlbenachrichtigung abwarten.

Der Antrag kann formlos schriftlich, auch als E-Mail, oder mündlich gestellt werden. Er muss Familien- und Vornamen, Geburtsdatum und die Wohnanschrift enthalten. Eine telefonische Antragstellung ist unzulässig. Wahlberechtigte mit Behinderungen können sich bei der Antragstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.



Chor ohne Gesang

Interview mit Petra Mayer-Kletzin, Leiterin der Chor- und Musikgruppe „Die Roten Socken“

Wann war die letzte Probe? Habt ihr es mal mit einer Online-Probe oder einem Online-Auftritt versucht?

Nach meinen Aufzeichnungen war am 3. März die letzte Chorprobe für dieses Jahr - danach kam der Lock-Down - nichts ging mehr. Wir hatten dann später einen Versuch unternommen, einen online-Stammtisch der roten Socken hinzubekommen, was aber nicht gelang. Die Hoffnung war dann, dass wir im Sommer draußen zusammentreffen könnten, um den Kontakt zueinander nicht zu verlieren. Aber auch hier war Corona der ausschlaggebende Punkt, dass wir aus Rücksicht auf die Gesundheit aller Sängerinnen und Sänger auf ein Treffen verzichteten. Ein Online-Auftritt verlangt große Disziplin und die Möglichkeit, dass jeder technisch entsprechend ausgestattet ist – deshalb wäre auch das nicht machbar gewesen.



Petra Mayer-Kletzin

Ihr probt im Bunten Haus in Offenburg. Warum dieser Name, warum gerade dieser Ort?

Das Bunte Haus beherbergt unter anderem einen Hort für Kinder, die aus verschiedenen Gründen Betreuung nach der Schule brauchen. Eine soziale Einrichtung, die heute auch in die städtischen Institutionen eingegliedert ist. Über die Stadt kam der Kontakt zustande, und weil wir mit den Bedingungen einverstanden waren (Beteiligung im Winter an Nebenkosten und Bereitschaft, bei Festen das Kuchenbuffet zu bereichern oder personell zu unterstützen), erhielten wir einen Schlüssel und konnten fortan den Raum nutzen. Der Platz war ausreichend für alle - vor Corona. Ein weiterer Punkt war die zentrale Lage – für alle war es ungefähr gleich weit entfernt. Die Sängerinnen und Sänger haben mitunter einen weiten Anfahrtsweg.

Wer ist für das Repertoire verantwortlich? Wie kommt es zustande?

Für das Repertoire zeichnen im Wesentlichen Helmut Lind und ich als Team verantwortlich – allerdings sind alle auch immer aufgefordert, zu bewerten, ob das Stück passt und können auch Vorschläge unterbreiten.

Welche Lieder waren bisher besonders gefragt? Stimmt es, du wolltest vor Corona auch die Marseillaise einstudieren?

Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, Arbeiterlieder, Friedenslieder und auch anderes in diesem Rahmen passendes Liedgut (schon mit politischem Charakter) aufzugreifen und als Chor umzusetzen. Längst vergessene Arbeiterlieder oder Lieder, die in früheren Zeit aus Arbeiterprotesten entstanden sind, kam beim Publikum gut an. Auch Lieder, die bei besonderen Anlässen in der SPD gesungen wurden – zum Beispiel „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ oder „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ - bilden den Auftakt oder Schlusspunkt eines jeden Auftritts. Weil wir sehr nahe an der französischen Grenze leben, wäre die „Marseillaise“ ein weiteres, neues Stück geworden. Leider mussten wir die Proben einstellen – die Corona-Vorschriften machten unsere Arbeit zunichte.

Kann der Chor gebucht werden? Wie teuer ist ein Auftritt?

Weil wir alles ehrenamtlich machen, haben wir auch kein Honorar eingefordert. Wir hatten unser „Rotes Schweinderl“ dabei, und der Veranstalter konnte von sich aus entscheiden, was ihm unser Auftritt wert war. So wollen wir es auch weiterhin handhaben. Von den Spenden hatten wir schon die eine oder andere Fortbildung bezahlt. Oder für das letzte Sommertreffen eine Runde im Biergarten.

Welcher Auftritt war für dich der schönste, der schwierigste, der interessanteste, der einprägsamste?

Das kann ich gar nicht sagen – wir hatten so viele Auftritte, die allen Spaß gemacht haben und die allen bestimmt in Erinnerung geblieben sind. Ob in Stuttgart beim Sommerfest der Landtagsfraktion, bei vielen Jubiläen der Ortsvereine in der gesamten Ortenau oder in der näheren Umgebung. Viele hat es erstaunt, dass es tatsächlich einen SPD Chor in unserem Kreis gibt – und ich finden, wir waren ganz gut in dem, was wir vorbrachten. Ein wenig Lampenfieber war schon auch dabei – aber nichts, womit wir nicht fertig geworden sind.

Wie könnte es weitergehen?

Das hängt von der Corona Entwicklung ab. Im Freien zu proben, ist extrem schwierig. Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr die Proben wieder aufnehmen können.

Wer kann bei den Roten Socken mitmachen?

Mitmachen kann jeder, der Lust hat, eine nette Gemeinschaft zu erleben und zu singen. Es braucht keine Kenntnisse – die können wir vermitteln – nur die Lust am Tun.

Trauer um Kirsten Braun



Kirsten Braun

Unsere Genossin Kirsten Braun ist am 25.11.2020 nach kurzer schwerer Krankheit verstorben.

Kirsten wurde 66 Jahre alt. Am Mittwoch, dem 09.12.2020 wurde ihre Urne im Friedwald Bildtann in Fußbach beige-setzt.

Unsere langjährige Bundestagsabgeordnete Elvira Drobinski-Weiß würdigte in Fußbach die Verdienste von Kirsten.

Die beiden waren befreundet. Kirsten hat Elvira tatkräftig unterstützt. Zusammen mit der auch viel zu früh verstorbenen Renate Merten aus Neuried bildeten sie in der Ortenau ein Team, das politische Schlagkraft hatte.

Kirsten war im OV Offenburg zu Hause. Dort war sie Mädchen für alles. Legendär sind die leckeren Heringssalate, die sie immer zum Politischen Aschermittwoch in Offenburg zubereitete. Ob Landtagswahl, Bundestagswahl, Kommunalwahl: immer war sie mit dabei. Sowohl in der Organisation als auch draußen auf der Straße.

"Kirsten war keine, die sich in den Vordergrund gedrängt hat, aber sie war immer da, wenn man jemanden gebraucht hat!", schrieb Gerhard Schröder aus Offenburg.

Besonders die Rechte der Frauen lagen ihr am Herzen. Bei der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen in der Ortenau war sie zusammen mit Renate die treibende Kraft. Wenn am Internationalen Frauentag Rosen verteilt wurden, war sie dabei. Beim "Fahrentag", dem Tag gegen Gewalt an Frauen, beteiligte sie sich an den Aktionen des Frauen-Netzwerkes. Regina Geppert, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Offenburg schrieb zum Tod von Renate und Kirsten: "Zwei Frauen, die sich sehr engagiert haben und für die ich immer ein ehrendes Gedenken bewahren werde."

Auch in der AG 60plus engagierte Kirsten sich, obwohl sie damals noch keine 60 alt war, weil sie diese Arbeit wichtig fand.

Wenn wir an Kirsten zurückdenken, dann fallen uns sofort ihre wunderschönen Taschen und Schuhe ein, für die sie ein Faible hatte.

Kirsten kannten wir nicht mit schlechter Laune. Sie war ein positiv denkender Mensch, vielseitig interessiert.

Dass sie ein Nobel-Fan des SC Freiburg war, davon kann der Offenburger Gerhard Schröder berichten, der mit ihr zusammen unzählige Spiele besuchte. Auch andere Sportarten interessierte sie sehr. Selbst für die legendären Boxkämpfe stand sie nachts auf.

Kirsten war auch lange Jahre Mitglied im Kreisvorstand der SPD Ortenau. Beim Verschicken und Eintüten des „Roten Ortenauer“ war sie immer dabei. Und die „Roten Socken“ hatten in ihr ihren treuesten Fan. Bei vielen Auftritten war sie einfach so dabei.

Leider war das Jahr 2020 das Jahr, in dem man sich nicht so gut treffen konnte. Daher liegen die letzten Begegnungen mit ihr schon einige Zeit zurück. Gerne hätten wir mit ihr noch den ein oder anderen Cappuccino getrunken oder was Leckeres gegessen. Denn auch genießen konnte sie.

Wir trauern mit ihrer Tochter Sabrina und den Angehörigen. Kirsten wird fehlen.

Impressum

V. i. S. d. P: SPD-Regionalzentrum Südbaden
Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Dezember 2020

Redaktion „Der Rote Ortenauer“:

Martine de Coeyer, Saskia Ganter, Dr. Jutta Hagedorn,
Helmut Lind, Petra Mayer-Kletzin, Helga Pfahler und
Gerd Zimmermann

E-Mail: zeitschrift@spd-ortenau.de

Internet: www.spd-ortenau.de

Facebook: www.facebook.com/spdortenau

www.facebook.com/der-rote-ortenauer

Copyright © 2020 SPD Ortenau

Bildnachweise

Seite 1: Karl-Rainer Kopf, SPD-BW

Seite 2: Andrea Ahlemeyer-Stubbe

Seite 3: Frank Meier, SPD.de

Seite 4: Karl-Rainer Kopf, SPD BW

Seite 5: Richard Groß

Seite 6: Dr. Johannes Fechner

Seite 7: Gerd Zimmermann

Seite 8: Sabine Wölfe

Seite 9: Dagmar Schmidt

Seite 10: Helga Pfahler

Seite 11: Fred Kletzin

Seite 12: Christoph Unterhaslberger

Seite 13: Gerd Zimmermann

Seite 14: Petra Mayer-Kletzin

Seite 15: Helga Pfahler